

# Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-  
Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Al. Markt 1  
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.  
Fernsprecher 70 und 82. Postfach 29.



18

72

Tage- und Anzeigenblatt  
für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 11.00.  
Sammelpreise: Die gesammelte 40 num. Zeile 0.45 Fr. Deutschland  
10 Pfg. Umlaufliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 248

Saarlouis, Samstag, den 29. Oktober 1927.

56. Jahrgang.

## England und der Völkerbund.

### Chamberlain gegen Lloyd George und Cecil.

London, 28. Okt. Der britische Außenminister Chamberlain hat am Donnerstag mit einer großen Rede auf die Rede Lloyd Georges im Abendclub geantwortet. Chamberlain ging in seiner Rede auf die Gegenseite zwischen dem britischen Reich und dem Kontinent ein und erklärte, England würde an einer Versammlung der Nationen wohl niemals sehr vollständig sein können, weil es durch seine Geschichte, Mentalität und Lebenshaltung ganz anders gesehen sei als die Völker des Kontinentes. England könne sich daher auch nicht so ohne weiteres als Mitglied des Kontinentes betrachten. Es werde aber seiner Politik auch weiterhin Reipolitierung verschaffen müssen. Der Völkerbund dürfe nicht für partizipatorische Zwecke ausgenutzt werden. Im Falle einer Regierungsänderung würde die auwärtige Politik Englands nicht geändert, sondern müsse auf derselben Linie fortgelegt werden. Darauf beruhe das Vertrauen der anderen Nationen auf die englische Politik. Dann würde sich Chamberlain gegen das Gesetz Protokoll, das er unzweckmäßig ablehnte, auf dem Wege über den Votanovertrag wenden, das realistischere Schritte finden lassen als durch die Wiedererrichtung des Genfer Protokolls. Was Lloyd George anbietet, so gründe sich sein Ruhm mehr auf seinem Kriegsorganisationstalent, als auf irgendeiner Friedenspolitik. Was Lord Robert Cecil bereit sei, an Verpflichtungen einzugehen, könne kein Treuhänder des britischen Reiches billigen.

Die Worte Chamberlains bedenken sich mit der Meinung der meisten Engländer und sollten nicht unbeachtet bleiben. Es ist gewiß erstaunlich, Lloyd George sieht auf die Verberfung des Vertrags drängen zu sehen, der zum großen Teil sein eigenes Werk ist. Aber er befindet sich in der Opposition u. hat leicht drängen. Seinen Worten kommt keinerlei maßgebliche Bedeutung zu, und es müssen noch vollauf zwei Jahre vergehen, bis der Zus-

fall der nächsten Wahlen die Lage ändern kann. Weit bedeutsamer ist, daß Lord Birkenhead, also ein Mitglied der jetzigen Regierung, in seiner jüngsten Rede zu Frankfurt ähnliches gesagt hat. Über für die jetzige Regierung ist von der Anerkennung der Mängel des Friedensvertrags bis zu einer laufkräftigen Politik zur Abstellung dieser Mängel noch ein weiter Schritt.

### Sitzung der Mandatskommission.

Genf, 28. Okt. Bei weiteren Verlaufe der Sitzung der Mandatskommission wurde die Verhandlung über das Territorium abgeschlossen. Die Verhandlung des japanischen Mandates über die Südseinseln wurde daraufhin aufgenommen. Die Mandatskommission hat den langgezögerten Plan, nach London zu gehen, endgültig ausgegeben.

### Die Billigung des Ausschlusses Tschekos und Sinowjews.

Moskau, 28. Okt. In Massenversammlungen der Kommunisten Parteimitglieder in Moskau und der Leningrader Parteimitglieder in Leningrad wurde zu den letzten Beschlüssen des Zentralkomitees bezüglich des Ausschlusses Tschekos und Sinowjews und zum Wirtschaftsprogramm Stellung genommen. In Moskau traten von der Opposition Smirnow, Kamenow und Koslowksi an, die niedergeschlagen wurden. Wenig erging es in Leningrad Feodosjew und Rafajew. Die Versammlungen nahmen Beschlüsse an, in denen die Vollung des Zentralkomitees vollkommen gebilligt und erklärt wird, daß das Programm des Sieben-Stundenages im Jubiläumsmanifest eine große Errungenschaft der Revolution ist, und daß ihre letzte Konföderation des Kapitalismus in Westeuropa, in den USA und in China der kommunistische Einfluß wachse. Auch in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in Österreich zeigt sich das Vertrauen der Massen zur kommunistischen Partei.

## Bratianu Herr der Lage!

### Vertrauen für Bratianu.

Bukarest, 28. Okt. In der Donnerstagssitzung der rumänischen Kammer gab Ministerpräsident Bratianu die angekündigten Erklärungen ab über die Verhaftung Manolescus, welcher versucht, die geistig festgelegte verfassungsmäßige Lage zu stören. Dieser Plan werde auf den energischsten Widerstand der Regierung stoßen. Jeder, der zugunsten Karols arbeite, müsse als Staatsfeind betrachtet werden. Der Abgeordnete Maniu protestierte gegen die Verhaftung Manolescus und forderte, daß die Verhandlung vor einem Strafgericht und nicht vor einem Kriegsgericht stattfinden solle. Um auf gütlichem Wege zu einer Lösung der dynastischen Frage zu kommen, forderte der Redner den Ministerpräsidenten auf, zurückzutreten. Bratianu erwiderte darauf, daß die Verhaftung Karols durch die Verfassung legalisiert worden sei. Jeder Versuch Karols, zurückzulehnen, werde als ein Verstoß gegen die Verfassung bestraft werden. Darauf wurde das Vertrauensvotum für Bratianu von der Kammer angenommen.

Im ganzen Lande wird die Pressejurist rätselhaft gestellt. Angeblich sollen auch bisherige Anhänger Bratianu durch die bei Manolescu beschlagnahmten Mitteilungen kompromittiert worden sein. Eine Verordnung der Regierung verbietet die Verbreitung von Nachrichten über die Bewegung zugunsten Karols. Ferner wurde den Blättern verboten, in Leitartikeln die innere Lage Rumäniens zu behandeln. In einzelnen Bezirken des Landes ist sogar das Standrecht proklamiert worden. Im Bezirk Rishineu kam es zu Zusammenstößen zwischen der Bauernverbündung und dem Militär. 250 Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Truppenzurückziehungen.

Wien, 28. Okt. Wie aus Wissenswert gemeldet wird, glaubt man in politischen Kreisen, daß nach dem Kammerabzug Bratianus der erste Versuch der Opposition, die Rückkehr der Kronprinzen Karol durchzuführen, gescheitert ist. Die umfassenden polizeilichen Maßnahmen der Regierung haben alle vorgesehene demonstrativen Kundgebungen von vorherbereitet. Die Regierung hält die Regel so fest in der Hand, daß sie sogar erwägen soll, den Führer der Nationalen Bauernpartei, Maniu, verhaften zu lassen.

In der Umgebung von Bukarest sind zahlreiche Truppen aus der Provinz zusammengezogen. Nach Blättermeldungen sollen bei der Festnahme des früheren Unterstaatssekretärs Manolescu ein Tagebuch aufgefunden worden sein, in dem dieser seine Absicht bezeugt, die Rückkehr des Kronprinzen Karol zu veranlassen und in völliger Übereinstimmung mit dem früheren Thronfolger zu handeln.

### Waffenlager an der serbisch-bulgarischen Grenze.

Sofia, 28. Okt. In der Nähe der serbisch-bulgarischen Grenze wurden mehrere Waffenlager entdeckt, die einige Hundert völlig neue Gewehre, viele Patronen und Handgranaten enthielten. Im Zusammenhang hiermit wurden zahlreiche Mitglieder illegaler Organisationen verhaftet, die angeben, daß die Waffen bereits seit 1924 vorhanden gewesen seien und auf eine agrar-kommunistische Revolution im Jahre 1925 hingestellt.

### Reise des Reichskanzlers ins besetzte Gebiet

Berlin, 28. Okt. Wie bereits angekündigt, reist der Reichskanzler am heutigen Freitag eine Reise nach dem Rußland an. In einer Rede in Düsseldorf bestrebt der Reichskanzler zu der Schlußfrage Stellung nehmend, für den kommenden Montag ist eine Rede in Wiesbaden vorgesehen, in der sich der Reichskanzler mit den allgemeinen politischen Lage befassen wird. Die Rückreise erfolgt am Mittwoch nächster Woche.

### Die Quellen über dem besetzten Gebiet geschwärzt.

Koblenz, 28. Okt. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat mit Schreiben vom 15. September 1927 bei Deutschen Luftansa A.G. die Genehmigung erzielt, das besetzte Gebiet auf folgenden Linien zu überfliegen: 1. Frankfurt a. M.-Saarbrücken; 2. München-Stuttgart-Kaiserslautern-Saarbrücken; 3. Stuttgart-Worms-Kaiserslautern-Saarbrücken; 4. Tübingen-Köln-Trier-Saarbrücken. Ein Besiedeln dieser Linien ist zur Zeit noch nicht möglich, da die Verhandlungen mit der Saarregierung noch nicht abgeschlossen sind.

### Wirtschaftliche Tagesfragen.

II.

G. H. Saarlouis, 28. Oktober.

Sowjetrussland verzichtet im Augenblick auf die Durchführung seiner „Grundsätze“, um sich nicht das Geschäft zu verdorben! So muten wir gelern an dieser Stelle aus. Wie steht es — um nochmals darauf einzugehen — mit diesen Grundsätzen überhaupt aus? Zurzeit feiern bekanntlich die Bolschewisten den zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution. Sie bemühen diese Gelegenheit, um im Auslande Wimpel zu hängen. Ihre Presse, auch die Saarbrücker „Arbeiterzeitung“, berichtete von einer Anordnung des Obersten Wirtschaftsrates, daß am 7-Stundentag in Russland eingeführt werde. Besicht man sich das Dekret näher, so entdeckt man, daß nur in allgemeinen Sätzen die Wette davon ist, innerhalb Jahresfrist die Vorbereitungen zu treffen, um dann den 7-Stundentag allmählich einzuführen. Deutliche Künftäste sind nicht sichtbar. Im Jahre 1920, als in Russland alles drüber und drunter ging, gab der obere Wirtschaftsrat feierlich bekannt, daß der Kapitalismus und seine Auswirkungen, die Geldzeichen, nunmehr ein für allemal abgeschafft seien. Jeder Mann in Russland habe das Recht, seinen Bedarf an Waren und Nahrungsmitteln so zu bedenken, wo er es für gut befände. Nur für die Übergangszeit sollten gewisse Höchstgrenzen bei der Bedarfsermittlung vorgegeben werden. Von dieser Wiedholung des Kapitalismus ist es inzwischen recht still geworden. Tatsächlich war das ganze ein aufgelegter Schwund, denn die Abschaffung der Geldzeichen hatte zur Folge, daß kein Mensch seinen Bedarf decken konnte. Die Sowjetregierung hat dem Kapitalismus noch ganz andere Zugeständnisse machen müssen. Das war der Beginn der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik des „Neu“, die noch Berlin eingeleitet hatte. Und heute wandert die Sowjetregierung mit dem Hut in der Hand von Hauptstadt zu Hauptstadt der kapitalistischen Länder, um Rothe zu erhalten. Auch die Einführung des 7-Stundentages ist nichts anderes wie ein Bluff, dazu bestimmt, die Wählern in Westeuropa eingleich zu machen. Der 7-Stundentag ist sehr wahrscheinlich nichts anderes als die Umsetzung für die Kursarbeiter, die zunehmend eingefüllt werden muß. Das ist aber kein Zeichen des Aufstiegs, noch weniger ein Beweis für die Verbesserung der Wirtschaft. Wenn die Kreditscheine weiter so ungünstig ausfallen wie bisher, dann muß der obere Wirtschaftsrat den größten Teil der Staatsobligationen tilgen. Das kommunistische Wirtschaftsrat ist dann offenbar mit der allgemeinen Verschwendung und Verzögerung erreicht.

Wenn bisher überhaupt nicht schon ein völliger Sturm des Sowjetlandes eingetreten ist, so doch nur dank den aufgelösten bürgerlichen Wirtschaftseinheiten. Was ist dann bis heute überhaupt erreicht? Darüber berichtet der Moskauer B. Popoff: Im Wirtschaftsjahr hat das Sowjetland bestehen heute keine kommunistischen, sondern rein-kapitalistischen Formen: die Abschaffung des Geldes, die kommunistische Verteilung der Verbrauchsgüter ist nicht gelungen; an Stelle der grausam ausgetöteten Bourgeoisie ist eine neue entstanden; es gibt in Russland weder genauso viele reicher und wie überall, etwa und reiche Menschen; von einer Intensivierung der Bodenwirtschaft ist keine Rede — die Ergebnisse der Diktatur ist seit Jahren konstant, geht siebzehn Jahre sogar herunter; bei Bauer produziert nicht mehr, als er selbst verbraucht; es fehlt das Minimale, das er benötigt, nicht beim kommunistischen Staat, sondern beim billiger liefernden Privatkäufer, deren Zahl dauernd anwächst; die Lage der Arbeiter ist in keiner einzigen Lande der Welt, es mag auch noch so rückständig sein, eine derartig arbeitselige, wie im heutigen Russland; Bauer, Arbeiter, die Gefangene werden noch nicht gekannt. Webstühle und Webstühle sind verarbeitet.